

6. Wahlperiode – 75. Sitzung

Tagesordnungspunkt 6

Zweite Beratung des Entwurfs

Gesetz zur Einführung des Gedenktages „Tag der Freiheit und Demokratie (17. Juni)“ im Freistaat Sachsen

Drucksache 6/13080, Gesetzentwurf der Fraktion AfD Drucksache 6/13745,
Beschlussempfehlung des Innenausschusses

28. Juni 2018

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Gesetzentwurf, mit dem wir uns ja schon im Ausschuss befassen durften, ist aus meiner Sicht, wenn man sich ihn einmal genau durchliest, an inhaltlicher Inkonsistenz und Unschärfe schwer zu überbieten. Das mit der historischen Unschärfe könnte daran liegen, dass Sie Ihr Fachwissen aus der alleinigen Quelle von Fernsehhistoriker Guido Knopp beziehen. So liest sich Ihr Antrag dann auch, als seien Sie beim Verfassen des Antrags eben von Guido Knopps unvermeidlichem Kunstnebel umgeben gewesen. Doch die Vergangenheit lässt sich eben nicht im Directors Cut abbilden, und Sätze wie: „Die Fesseln einer sozialistischen Diktatur wurden endlich abgestreift“ umschreiben doch den Gesamtprozess des Zerfalls des Eisernen Vorhangs eher kognitiv verkürzt.

Erstaunlich ist aber, dass Sie von einem Leben in Freiheit schreiben, das nun die Diktatur ersetze, wo Sie doch täglich so viel Mühe darauf verwenden, zu behaupten, ebenjene Freiheit gebe es gar nicht. Die Mär von der Gesinnungs- und Meinungsdictatur, in der wir vermeintlich leben, passt ja nun so gar nicht zu der verlangten Huldigung der Freiheit, die wir gewonnen haben. Wie Sie diese beiden Feststellungen miteinander vereinbaren wollen, das müssen Sie noch genauer erklären. Die Widersprüchlichkeit Ihres Freiheitsbegriffs ist ja bereits gestern Abend und heute Vormittag in der Kulturdebatte auffällig geworden. Deshalb möchte ich Ihnen noch einmal sagen: Freiheit bedeutet, dass es auch Menschen gibt, die nicht gut finden, was Sie tun, und das sind nicht Menschen, die staatlich indoktriniert sind, sondern das entspringt zumeist einer Kombination aus Verstand und Anstand und hat eben nichts mit Ideologie zu tun.

(Beifall bei der SPD, den LINKEN und den GRÜNEN)

Ein weiterer Widerspruch ist Ihr Einsatz für die Opfer der SED-Diktatur im Gegensatz zu Ihrer Personalpolitik. Während Sie nicht müde werden, beispielsweise DIE LINKE wegen ihrer Vergangenheit anzuzählen, stellen Sie selbst wissentlich und mit Erfolg ehemalige Stasi-Mitarbeiter für den Bundestag auf. Wie erklären Sie das eigentlich den Opfergruppen, bei denen Sie sich mit diesem Gesetzentwurf gerade einkratzen wollen?

(Beifall bei der SPD, der CDU, den LINKEN und den GRÜNEN)

Der 17. Juni als Gedenktag hat in der alten Bundesrepublik inhaltlich leider nicht sehr viele Menschen erreicht, wie auch der Kollege Hartmann schon ausgeführt hat. Das ist bedauerlich. Das Schicksal der politisch Inhaftierten in der DDR spielte im Alltag der Westdeutschen oftmals keine Rolle. Mit dem Ausrufen eines staatlichen Gedenktages geht nämlich leider nicht zwangsläufig ein Zuwachs an politischer Bildung einher. Begangen wird der 17. Juni allerdings gerade bei uns in Sachsen sehr würdevoll. Jedes Jahr treffen sich in vielen Regionen Hunderte Menschen zum Gedenken. Vereine organisieren Veranstaltungen und Lesungen.

In Chemnitz beispielsweise haben wir seit Jahren ein würdevolles Gedenken durch die Vereinigung der Opfer des Stalinismus, die von der Oberbürgermeisterin, von Abgeordneten von CDU und SPD flankiert werden. Vertreter der AfD habe ich bei der Gedenkveranstaltung allerdings nicht gesehen, nicht in diesem Jahr und auch nicht im vorigen Jahr. Das könnte allerdings auch daran liegen, dass Sie von manchen Organisationen auch gar nicht mehr eingeladen werden. Die Opferverbände haben oft das gesamte Verhalten politischer Parteien zum Thema „Aufarbeitung der Geschichte“ im Blick. Ein renommierter Verein der SED-Aufarbeitung lehnte unlängst eine Einladung der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag mit folgender Begründung ab – Zitat –: „Solange Ihre Partei einen Wolfgang Gedeon in ihren Reihen duldet, der den Holocaust leugnet und Stolpersteinaktionen kritisiert, Menschen wie Wilhelm von Gottberg, der den Holocaust als Mythos betrachtet, Zeitgenossen wie Björn Höcke, der von einem ‚Mahnmal der Schande‘ spricht,

(André Barth, AfD: Er hat nicht von einem Mahnmal der Schande gesprochen!)

und viele andere, so lange gibt es für uns nicht den geringsten Ansatz für irgendeine Form der Mit- oder Zusammenarbeit mit der AfD.“

(Beifall bei der SPD, der CDU, den LINKEN und den GRÜNEN)

Dem ist wenig hinzuzufügen. Solange Sie Aussagen wie die von Höcke, der eine Abkehr von unserer Erinnerungskultur um 180 Grad fordert – oder habe ich das etwa auch falsch verstanden? –, mindestens dulden – ich habe noch nie eine öffentliche Distanzierung dazu gehört –, werden Sie in diesem Hause kein Partner für erinnerungspolitische Fragen sein können. Sie können jetzt natürlich argumentieren, dass Sie persönlich die Aussagen von Höcke oder Gauland inhaltlich gar nicht so teilen; das kennen wir bereits aus der Ausschusssitzung. Aber ich habe von Ihnen noch niemals einen Widerspruch dazu gehört.

(Carsten Hütter, AfD: Hören Sie mal auf zu schwindeln! Das ist nicht richtig, was Sie sagen!)

Genau deshalb kann ich Sie hier nicht aus der Verantwortung lassen. Herr Hütter, Sie sind herzlich eingeladen, –

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Hütter, halten Sie sich bitte zurück!

– sich im Rahmen Ihrer Redezeit von den unsäglichen Äußerungen Ihrer Parteikollegen zu distanzieren. Ich freue mich darauf.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den LINKEN und den GRÜNEN)

Jedes Mal, wenn in diesem Land ein Verbrechen der Wehrmacht verharmlost oder der Holocaust relativiert wird, höre ich von Ihnen nichts, und damit tragen Sie zur Bagatellisierung der Verbrechen im Dritten Reich bei. Aktiv tun Sie das!

(Beifall bei der SPD, der CDU, den LINKEN, den GRÜNEN und der Staatsregierung – Zurufe von der AfD)

Das lassen wir Ihnen nicht mehr durchgehen! Wir alle in diesem Hause schulden es den Opfern und Überlebenden des Zweiten Weltkrieges, dass wir solche Äußerungen nicht zur Normalität werden lassen, und zum Beispiel die jüdischen Gemeinden und andere Opferverbände beobachten ganz genau, was wir hier tun. Sie beobachten eben auch Sie. Es sind auch keine Aussagen von Hinterbänklern, in denen das Leid von Millionen Menschen revidiert wird. Es sind gezielte Statements von der Spitze Ihrer Partei. Ich erinnere an die Worte des Dachau-Überlebenden Max Mannheimer, der sagte: Ich erkläre, dass die Nachgeborenen keine Schuld haben, aber eine Verantwortung für die Zukunft.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den LINKEN, den GRÜNEN und der Staatsregierung)